

Vollständiger Wortlaut des Gesellschaftsvertrages mit geänderten Bestimmungen
gemäß Gesellschafterbeschluss vom 13. Dez. 2022, UVZ-Nr. 1256/2022 des Notars
Christian Hirsch, Birkenau

Satzung

Deutsches Zentrum für Evaluation und Entwicklung gemeinnützige GmbH

Gesellschaftsvertrag

I. Grundlegende Bestimmungen

§ 1

Firma, Sitz

1. Die Gesellschaft führt die Firma
Deutsches Zentrum für Evaluation und Entwicklung gemeinnützige GmbH.
2. Sie hat ihren Sitz in Mannheim.

§ 2

Geschäftsjahr, Dauer

1. Das Geschäftsjahr beginnt am 1. April und endet jeweils am 31. März. Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfgeschäftsjahr: es endet am 31. März 2019. Die Gesellschaft ist nicht auf eine bestimmte Zeit beschränkt.

§ 3

Gegenstand des Unternehmens

1. Gegenstand des Unternehmens ist ausschließlich und unmittelbar die Verfolgung gemeinnütziger Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig und nicht auf Erwerb gerichtet.

Primäres Ziel ist die Linderung von Armut und Unterentwicklung in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa sowie die Förderung nachhaltiger Entwicklung in diesen Kontinenten auch im Zusammenhang mit den Folgen des Klimawandels. Dies umfasst die Reduktion von Armut, die Reduktion von Gewalt, Konflikt und Bürgerkriegen, die Erhöhung der Einkommen, Einkommenssicherheit und Versorgungsnachhaltigkeit der ärmeren Bevölkerungsschichten, Minderung von Einkommensungleichheiten, Gleichberechtigung und Partizipation aller sozialen

Schichten an einem menschenwürdigen Leben sowie die Milderung des Klimawandels und dessen Folgen. Als ergänzendes Ziel kann auch die Linderung und Reduktion von Armut und Ungleichheit in Westeuropa hinzugenommen werden, z.B. Integration von marginalisierten Gruppen wie beispielsweise Sinti und Roma oder (Bürgerkriegs-)Flüchtlinge (z.B. aus Afrika oder Asien).

Die Gesellschaft fördert auch Zwischenziele, die mittelbar zu den Primärzielen beitragen. Ein sehr wichtiges Ziel ist die Wirkungsmessung von Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit sowie Maßnahmen und Untersuchungen zur möglichen Steigerung ihrer Effektivität oder Kosteneffizienz. Dies umfasst Evaluationen von Wirkungen als auch Prozess- und Implementierungsevaluationen, sowohl im Sinne einer neutralen unabhängigen Evaluation als auch einer integrierten Entwicklung-cum-Evaluation.

Die Gesellschaft verfolgt prioritär mehrere Kernaktivitäten, um die oben genannten Ziele zu fördern:

- Die Entwicklung von Politiken, Programmen, Interventionen, Maßnahmen und Produkten, welche Armut lindern und Entwicklung und Nachhaltigkeit fördern sollen.
- Die Evaluation von Politiken, Programmen, Interventionen, Maßnahmen und Produkten, überwiegend mit Hilfe von quantitativen und ökonometrischen Methoden, aber auch mittels qualitativer Methoden und zugehöriger Datenerhebungen zur Förderung des Primärzieles der Gesellschaft, d. h. zur Förderung der Entwicklungshilfe. (Dies umfasst die Konzeption und Durchführung von wissenschaftlicher Forschung und Wirksamkeitsstudien, sowie die Beratung und Entwicklung angepasster Methoden.)
- Die Kombination von Evaluation mit der Entwicklung/Unterstützung von Maßnahmen und Interventionen, welche Armut lindern und Entwicklung und Nachhaltigkeit fördern sollen.
- Die Förderung von Entwicklungszusammenarbeit und Untersuchungen zu ihrer Effektivität, z.B. in Form von wissenschaftlichen Konferenzen, Tagungen, Ausbildung und Fort- und Weiterbildung mit öffentlichen, privaten und internationalen Organisationen, welche Politiken, Programme, Interventionen, Maßnahmen oder Produkte mit dem Ziel der Entwicklung entwickeln oder durchführen.
- Die Förderung von Kapazitätsaufbau, Bildung, Aus- und Weiterbildung und Forschungskapazitäten in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa. Dies umfasst sowohl Ausbildung und Fort- und Weiterbildung in entwicklungshilfebezogenen Themen z.B. Aufklärung über Themen wie Gesundheit, Bildung, Klimawandel, landwirtschaftliche Produktivität, verbesserte Agrarprodukte als auch Aufbau und Unterstützung wissenschaftlicher Kapazitäten z.B. von Universitäten oder lokalen Institutionen zu Ökonometrie, Evaluationsmethodik, Methoden zur Datenerhebung und Weiterverarbeitung, volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Vorlesungen, Workshops und Konferenzen, inklusive Entwicklung und Implementierung von Fort- und Weiterbildungsmodulen und Testung/Zertifizierungen

im Bereich Evaluationsmethoden, sowie den Methoden- und Technologietransfer aus der wissenschaftlichen Forschung in die Praxis.

- Die Entwicklung und Förderung von wissenschaftlichen Methoden zur Evaluation inklusive quantitativen und qualitativen Verfahren sowie von Meßmethoden und Datenerhebung, statistischen und ökonomischen Modellierungen sowie zugehöriger ökonomischer Theorie.
- Die Durchführung von Fort- und Weiterbildungsprogrammen im Bereich Methoden zur Evaluation und Wirkungsanalyse.
- Die Durchführung von randomisierten kontrollierten Studien (RCT), welche auch Feldexperimente und Laborexperimente umfassen können, zur Verfolgung des Primärzieles der Entwicklungszusammenarbeit.
- Die Durchführung sowie Förderung von Entwicklungshilfeprojekten.

2. Ein weiterer Zweck der Gesellschaft umfasst die Beschaffung von Mitteln, um diese zur Verwirklichung der Ziele gemäß § 3 an Körperschaften im Inland oder vergleichbare Körperschaften im Ausland weiterzugeben. Voraussetzung ist, dass die Körperschaft im In- oder Ausland die Mittel für die Verwirklichung der Zwecke nach § 3 dieses Gesellschaftsvertrags verwendet und die Verwendung nachweist. Ein planmäßiges Zusammenwirken mit weiteren Körperschaften zur Verwirklichung der Zwecke ist geplant.

3. Die Gesellschaft darf alle Geschäfte und Handlungen vornehmen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie darf hierzu weitere Zweckbetriebe und wirtschaftliche Geschäftsbetriebe - im In- und Ausland betreiben - insbesondere Zweigniederlassungen errichten und gleichartige oder ähnliche Unternehmen gründen, erwerben oder sich an ihnen beteiligen sowie finanzielle Mittel an gemeinnützige Gesellschaften mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck im Inland und Ausland weitergeben.

§ 4

Gemeinnützige und mildtätige Zielsetzung

1. Der Gesellschaft wird ein Vermögensstock zugewandt mit dem Ziele, die daraus verfügbaren Erträge zum gemeinen Wohl zu verwenden. Die Gesellschaft soll für weitere Zuwendungen offen stehen.

2. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung, und zwar vor allem

- die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit;
- die Förderung von Wissenschaft und Forschung und

- die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe.

- die Förderung des Klimaschutzes.

3. Die Mittel der Körperschaft dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden.

4. Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück. Die Gesellschaft darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zwecke der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.

5. Die Gesellschaft kann ihre Zwecke selbst, durch Hilfspersonen oder dadurch verwirklichen, dass sie ihre Mittel teilweise einer anderen, ebenfalls steuerbegünstigten Körperschaft im In- oder Ausland oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zur Verwendung zu steuerbegünstigten Zwecken zuwendet oder Mittel für die Verwirklichung der steuerbegünstigten Zwecke einer anderen steuerbegünstigten Körperschaft oder für die Verwirklichung steuerbegünstigter Zwecke durch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts beschafft.

§ 5

Stammkapital, Gesellschafter

1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt **€ 26.000,--**
(in Worten: Euro sechszwanzigtausend).
2. Das Stammkapital der Gesellschaft ist in voller Höhe durch Bareinzahlung erbracht.

§ 6

Gesellschafternachfolge

Die Geschäftsanteile sind frei vererblich und übertragbar.

II. Organe der Gesellschaft

§ 7

Allgemeines

1. Die Organe der Gesellschaft sind
 - a. Die Gesellschafterversammlung,
 - b. Die Geschäftsführung.
2. Die Gesellschafterversammlung setzt den jährlichen finanziellen Rahmen für die Tätigkeiten fest.
3. Die Gesellschafterversammlung kann eine Geschäftsordnung aufstellen, in der die Aufgaben der Organe näher bestimmt und die Maßnahmen und Handlungen festgelegt werden, für deren Durchführung die Geschäftsführung der Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedarf.

§ 8

Gesellschafterversammlung

1. Die ordentliche Gesellschafterversammlung, die über die Feststellung des Jahresabschlusses sowie über die Entlastung der Geschäftsführer beschließt, findet, sofern gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen, spätestens innerhalb von sechs Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres statt. Im Übrigen finden Gesellschaftsversammlungen statt wenn ein Gesellschafter dies beantragt.
2. Die Einberufung der Gesellschafterversammlung erfolgt schriftlich durch die Geschäftsführer mit Brief und Email unter Mitteilung der Tagesordnung und mit einer Einberufungsfrist von 14 Tagen.
3. Die Gesellschafter haben Anspruch auf Ersatz ihrer baren Auslagen, insbesondere ihrer Reisespesen.

§ 9

Geschäftsführung, Vertretung

1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie werden von der Gesellschafterversammlung bestellt. Der Geschäftsführung obliegt die Führung der laufenden Geschäfte und die Mitwirkung an der strategischen Planung. Sie hat dabei der gemeinnützigen Ausrichtung der Gesellschaft Rechnung zu tragen.
2. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Gesellschafterversammlung kann einem, mehreren oder allen Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis und Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilen.

3. Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch im Falle einer Liquidation für den Liquidator.
4. Die Geschäftsführer sind ermächtigt, für die Gesellschaft bis zu ihrer Eintragung im Handelsregister (Vorgesellschaft) zu handeln, sofern das Vermögen dadurch nicht unter den Betrag des Stammkapitals gemindert wird.

§ 10

Pflichten der Geschäftsführung

1. Die Geschäftsführer haben unverzüglich nach dem Wirksamwerden jeder Veränderung in den Personen der Gesellschafter oder des Umfangs ihrer Beteiligung eine von ihnen unterschriebene Gesellschafterliste zum Handelsregister einzureichen. Die Veränderungen sind den Geschäftsführern schriftlich mitzuteilen und auf Verlangen durch notarielle Urkunde nachzuweisen.
2. Die Geschäftsführung muss die anderen Gesellschaftsorgane zeitnah über alle Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung der Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind, informieren und mit den Geschäftsführungsorganen des Gesellschafters nach Maßgabe der Gesellschafterbeschlüsse zusammenarbeiten.

III. Jahresabschluss, Ergebnisverwendung

§ 11

Jahresabschluss

1. Die Geschäftsführer haben den Jahresabschluss nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen aufzustellen.
2. Über die Feststellung des Jahresabschlusses beschließen die Gesellschafter.
3. Soweit dies nach dem Abschnitt „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung zulässig ist, können Rücklagen gebildet werden.

§ 12

Ergebnisverwendung

1. Soweit das Jahresergebnis nicht in Rücklagen eingestellt wird, darf es nur im Einklang mit den gemeinnützigen, mildtätigen und kirchlichen Zwecken (§ 4) verwendet werden.

2. Die Gesellschafter erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft.
3. Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken der Gesellschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

IV. Schlussbestimmungen

§ 13

Auflösung der Gesellschaft

1. Die Gesellschaft kann durch einstimmigen Beschluss der Gesellschafter aufgelöst werden.
2. Liquidatoren sind die Geschäftsführer, es sei denn, die Gesellschafter übertragen mit einfacher Mehrheit die Liquidation anderen Personen.
3. Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihrer steuerbegünstigten Zwecke haben die Gesellschafter Anspruch auf ihre eingezahlten Stammeinlagen zum Nennwert. Das die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigende Vermögen fällt an eine nach §§ 51 ff. Abgabenordnung (AO) steuerbegünstigte Körperschaft i. S. d. § 1 Körperschaftsteuergesetz (KStG), und zwar an das Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e. V. zur ausschließlichen Verfolgung gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Zwecke, insbesondere zur Förderung der Entwicklungszusammenarbeit im Dienste des Bischöflichen Werkes MISEREOR und seiner Aktion "MISEREOR - gegen Hunger und Krankheit in der Welt". Sollte das Bischöfliche Hilfswerk MISEREOR e. V. zum Zeitpunkt der Liquidation nicht mehr existieren, fällt das Vermögen an den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. oder den Naturschutzbund Deutschland (NABU) Landesverband Berlin e. V. zur Förderung derer gemeinnützige Zwecke, insbesondere der Förderung des Naturschutzes, der Landschaftspflege und des Tierschutzes.
4. Die Beschlüsse über die Verwendung des Liquidationserlöses dürfen erst nach Einwilligung des zuständigen Finanzamtes ausgeführt werden.

§ 14

Gründungsaufwand

Die Gesellschaft trägt den Gründungsaufwand (Gerichts-, Notar- und Rechtsanwaltskosten sowie Gründungsberatungskosten) maximal bis zur Höhe von € 300,-- darüber

hinausgehende Kosten trägt der Gesellschafter.

§ 15

Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im elektronischen Bundesanzeiger der Bundesrepublik Deutschland oder dem an dessen Stelle tretenden amtlichen Veröffentlichungsmedium.

§ 16

Satzungsänderungen

1. Diese Satzung kann durch Beschluss der Gesellschafter mit einer Mehrheit von drei Vierteln aller Stimmen der Gesellschaft geändert werden.
2. Beschlüsse über Satzungsänderungen können nur in der Gesellschafterversammlung gefasst werden. Die Vorlage muss allen Gesellschaftern spätestens drei Wochen vor der Versammlung schriftlich zugegangen sein.
3. Beschlüsse über Änderungen der §§ 3 und 4 (Zweck, Gemeinnützigkeit) dürfen erst ausgeführt werden, wenn das zuständige Finanzamt die gemeinnützigkeitsrechtliche Unbedenklichkeit bescheinigt hat.

§ 17

Salvatorische Klausel

1. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages unwirksam sein oder unwirksam werden, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt.
2. Die Gesellschafter sind in solchen Fällen verpflichtet, an der Schaffung von Bestimmungen mitzuwirken mit denen ein Ergebnis erreicht wird, das den unwirksamen Bestimmungen so nahe wie möglich kommt. Gleiches gilt für die Ausfüllung von Regelungslücken.

Birkenau, den 16. August 2018